

Grenzpolizei im Freistaat Sachsen ?!

Hagen Husgen

Wie schön wäre das Leben, wenn wir alle aus dem Vollen schöpfen könnten. Wie sicher wäre Sachsen, wenn die Polizei genügend Personal, Moneten und Befugnisse hätte, dass alle Aufgaben erfüllt werden könnten.

Doch Wilhelm Busch wusste schon: Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Und da es an Allem fehlt, bleibt es bei dem Wunsch, es könnte so schön sein.

Dabei ist die Idee, zusätzliches Personal für zusätzliche Aufgaben zu rekrutieren, nicht nur gut, sondern eine reine Logik, die jeder durchschnittlich denkende Mensch sofort auf dem Schirm hat. Das gilt auch für die nicht ganz neue (aber immer dringlichere) Aufgabe, die illegale Migration einzudämmen und dadurch

mehr für die Sicherheit im Freistaat zu tun. Ob die gesamte Diskussion zu diesem Thema als Mär im Rahmen der Wahlversprechen eingeordnet wurde oder nicht, sie war einfach da und dies nicht unbegründet. Jede (zumindest gut ausgebildete) zusätzliche Stiefelspitze in der sächs. Polizei hilft dabei, die Sicherheit der Bürger auf hohem Niveau zu gewährleisten und den eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Doch die GdP Sachsen war sich von Anfang darüber im Klaren, dass die täglich zu bewältigende Arbeit erstens weiterhin zu erledigen ist und zweitens kein anderer für uns übernimmt. Deshalb wäre der Aufbau einer sogenannten Grenzpolizei auch nur on top mit uns zu machen. Wir wären ja mit dem Klammersack gepudert, wenn wir das Angebot eines weiteren Personalzuwachses außerhalb der bishe-

rigen Empfehlungen der Fachkommissionen nicht annehmen würden. Es wäre kontraproduktiv und nicht im Sinne unserer Beschäftigten, zu sagen: „Nein danke, brauchen wir nicht!“ Die derzeitige Belastung aller Organisationseinheiten der sächs. Polizei zeigt uns auf, wie dringend personelle Unterstützung benötigt wird.

Aber nun kommt es tatsächlich anders. Sachsen kann sich in den nächsten Jahren weniger leisten als erhofft. Auch eine zusätzliche Grenzpolizei kann nicht bezahlt werden. Vorerst bleibt also diesbezüglich alles beim Alten. ■



Foto: GdP/PSN

INTERVIEW

Ein Interview mit Jan Krumlovsky (Landesvorsitzender und Mitglied der AG Grenzpolizei)

DP: Wann hast du das erste Mal vom Thema Sächs. Grenzpolizei erfahren?

Vor zwei Jahre tauchte das Thema „Sächsische Grenzpolizei“ auf und machte schnell die Runde.

Angeregt wurde dieses durch IM Armin Schuster, welcher die steigende illegale und unkontrollierte Migration einzudämmen wollte und sich auch zu der Forderung von Grenzkontrollen und Zurückweisungen an der deutschen Außen-grenze äußerte.

Dieses lehnten wir als GdP Sachsen auch stellvertretend für unsere Beschäftigten schlichtweg aus Mangel an Ressourcen ab. Denn bereits jetzt haben wir mit den bestehenden Aufgaben in der sächs. Polizei eine Menge Defizite, vor allem bei der Personalstärke, aufzuholen. Diese Notwendigkeiten sind bereits anerkannt, aber noch nicht umgesetzt. Unser Hemd ist, wie das unserer Beschäftigten anderer Polizeien, seit Jahren zu kurz.

Es gilt, in den Haushaltsplänen für das Tagesgeschäft erst mal deutlich nachzubessern, bevor man sich einen neuen zusätzlichen Schwerpunkt setzt.

DP: Wie ging es dann weiter?

Am 27. Juli 2023 kam es in Dresden zu einem breiten politischen Positionsaustausch zwischen Vertretern der GdP und den beiden Innenministerien Sachsens und Brandenburgs.

Zur GdP-Delegation gehörten neben mir auch Bundesvorsitzender Jochen Kopelke sowie seine Stellvertreter Alexander Poitz (Brandenburg) und Sven Hüber (BuPol). Vonseiten der Innenministerien nahmen Herr Schuster und Herr Stübgen teil.

Die gestiegenen Zahlen illegaler Grenzüberschritte unter anderem über das benachbarte Polen und Tschechien hatten beide Politiker dazu veranlasst, Bundesinnenministerin Nancy Faeser aufzufordern, stationäre Kontrollen der BuPol an den Grenzen Sachsens und Brandenburgs zeitnah einzusetzen. Schuster wie auch Stübgen hatten ebenso eine sogenannte Grenzpolizei, vergleichbar mit der Bayerns, ins Spiel gebracht. Die BMin hatte diese Forderungen verworfen.

Wir lehnten in diesem Austausch weiter stationäre Kontrollen ab, da dafür schlicht das notwendige Personal, Struktur und Technik fehlen und die damit verbundenen Erwartungen einer kontrollierten bzw. reduzierten Einwanderung unserer Meinung nach nicht erreicht werden würden.

Unser Vorschlag war die Durchführung von lageabhängigen, örtlich und zeitlich wechselnden Kontrollen an der Grenze,

mit dem Ziel, ein gutes Zusammenspiel mit den originär zuständigen Behörden (BuPol und Zoll) und der Landespolizei zu erreichen.

Dabei dürfen wir keine Augenwischerei betreiben. Trotz der Diskussion zu einer kontrollierten Einwanderung durch Grenzkontrollen muss klar sein, dass sich dadurch keine signifikante Verringerung der Anzahl der nach dem Völkerrecht und dem EU-Recht in Deutschland aufzunehmenden Schutzsuchenden erreichen lässt.

Deren Anträge sowie der Aufenthalt der Personen müssen weiterhin in Deutschland gesichert sein und ist auch unsere gesetzliche Pflicht. Wer Hilfe braucht, muss auch Hilfe bekommen.

Nach dem Austausch beruhigte sich das Thema „Sächs. Grenzpolizei“, aber die grundsätzliche Herausforderung mit der illegalen und unkontrollierten Migration blieb auf hohem Niveau.

DP: Wann kam die Idee dann erneut auf?

Erneut brachte dieses Thema dann MP Michael Kretschmer aufs Tableau. Auf dem 39. Landespartei-tag der CDU Sachsen im Juni 2024 in Löbau preschte er dann in seiner Rede mit der Idee der Schaffung einer sächs. Grenzpolizei überraschend nach vorn. Sogleich richtete er eine Task Force Grenzpolizei unter dem Dach der sächs. Staatskanzlei ein.



Foto: GdP-SN

DP: Was hat es mit der Task Force auf sich und was ist dabei rausgekommen?

Auftrag war es, die Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Etablierung einer Sächs. Grenzpolizei zu prüfen.

Die Leiter der Task Force waren der ehemalige Generalstaatsanwalt des Freistaates Sachsen, Klaus Fleischmann, und Prof. Dr. Karl-Heinz Binus, ehemaliger Präsident des Sächs. Rechnungshofs. Weiter wirkten u. a. der ehemalige PP Conny Stiehl sowie der ehemalige Staatssekretär im Sächs. Staatsministerium der Finanzen, Hansjörg König, mit.

Von Beginn an war ich in Persona für die GdP Sachsen in diesem AK, um unsere Fachexpertise einfließen zu lassen, und ich hatte die Aufgabe, zu den Inhalten Stellung zu nehmen.

Nach fünf langen Sitzungen und einem Arbeitsplatzbesuch bei der Grenzpolizeiinspektion Selm (Bayern) legte die Task Force am 12. September 2024 den Abschlussbericht vor, welcher am 25. September 2024 in einer Pressekonferenz bekannt gegeben wurde.

Und das grundsätzliche Ergebnis: Nach Überzeugung der Task Force besteht, ergänzend zu den Aufgaben der BuPol, die Notwendigkeit für die schnellstmögliche Bildung einer Sächs. Grenzpolizei.

DP: Und wie steht die GdP nun zum Thema Grenzpolizei?

Wir als GdP Sachsen haben grundsätzlich nichts gegen das Einrichten einer Grenzpolizei. Die Erwartungshaltung unserer Bevölkerung in Bezug auf illegale Migration und die Ansprüche der subjektiven Sicherheit lassen den Gedanken ebenso nachvollziehbar erscheinen wie die Gewinne an objektiver Sicherheit im Sinne der Kriminalitätsbekämpfung durch das Agieren dieser Einrichtung im grenznahen Raum.

Leider liegt die Tücke wie immer im Detail und so sehe ich einige Aussagen im Abschlussbericht kritisch.

Das sofortige oder zeitnahe Einrichten z. B. mit einem Beginn 2025 wäre faktisch nicht ohne Eingriffe in der bisherigen Struktur und Personal möglich gewesen, da der mögliche personelle Aufwuchs erst drei Jahre hätte ausgebildet werden müssen.

Diese potenzielle Benachteiligung der Bestandsaufgaben zugunsten einer Aufgabe, die eher den Aufgaben des Bundes zugerechnet werden muss, ist für die GdP aber nicht hinnehmbar – nicht mal als temporäre Überbrückung. Auch gab es unterschiedliche Auffassungen zur „Personalgewinnung“.

Ich halte es für fachlich nicht sinnvoll, die frischen Absolventen aus den PFS und der FH Pol für die Aufgabe zu nutzen. Sie haben das notwendige Spezialwissen, welches in diesem Bereich erforderlich ist, nicht in der generalistischen Ausbildung/Studium vermittelt bekommen. Vielmehr muss der Bedarf mittels Stellenausschreibung gedeckt und die notwendige Fortbildung im Vorfeld absolviert werden. So macht es auch die Polizei Bayern. Die GdP konnte eine eigene Stellungnahme abgeben.

Sollte man sich in einer politischen Schwerpunktsetzung für eine Sächs. Grenzpolizei entscheiden, verlangen wir, dass auch die erforderlichen Haushaltsmittel für Personal und die notwendigen Rahmenbedingungen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.

In einer Erarbeitung der Konzeption zur Umsetzung der „Sächs. Grenzpolizei“ fordern wir die Einbindung der GdP Sachsen und des Polizei-Hauptpersonalrates, damit sich Interessenvertretungen konstruktiv einbringen können.

DP: Was wäre die Alternative zur Grenzpolizei?

Ziel muss sein, dass in einem guten Zusammenspiel mit den originär zuständigen Behörden (BuPol und Zoll) sowie der sächs. Polizei in den bereits bestehenden gemeinsamen Fahndungsgruppen die Arbeit weiter gestärkt wird – sowie die Schaffung von rechtlichen, personellen und materiellen Voraussetzungen.

Für Grenzregionen ist die Schaffung gemeinsamer Polizei- und Zolldienststellen mit einheitlichen IT-Systemen und polizeilichen Abfragemöglichkeiten sinnvoll. Zusätzlich ist es notwendig, dass alle auf moderne und mobile Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen zurückgreifen können.

Auch im Europakontext und gemeinsam mit allen EU-Ländern muss spürbar intensiver an der Bekämpfung der organisierten Schleuserkriminalität und Geldwäsche gearbeitet werden. Dazu gehört es auch, die europäische Grenzschutzagentur Frontex zu stärken.

Bereits jetzt ist begrüßenswert, dass Länder gemeinsam mit den Polizeien des Bundes und dem Zoll eine verstärkte Bekämpfung der Schleuserkriminalität und der damit einhergehenden Geldwäsche vereinbart haben.

Dennoch muss auch unter Beibehaltung der Akzeptanz der Aufnahme von berechtigten Schutzsuchenden dringend über Erhöhung von Abschiebungen und Ausweisungen insbesondere von Mehrfach- und Intensiv-

straftätern – sowohl solche ohne gesichertes Bleiberecht als auch bei bestehendem Aufenthaltsstatus – diskutiert werden.

Ohne dieses gemeinsame und strukturierte Vorgehen würden die knappen Personalbestände der Polizei unverhältnismäßig angezapft und Erfolge nicht spürbar. Auch können das eigentliche Problem der Flüchtlingsbewegung und der Grund, warum sich Menschen auf der Flucht befinden, nur in einem weltweiten humanitären Vorgehen und vor allem in den Herkunftsländern gelöst werden, keinesfalls an der Landesgrenze.

Jan Krumlovsky/DP

KOMMENTAR ZUM INTERVIEW

Klar, machen wir auch noch! Manchmal denke ich, ich bin im falschen Film. Wer ab 2015 mit dem real existierenden Umgang mit der Migration nach Deutschland fremdelte, weil er glaubte, Probleme zu erkennen, war mehr Nazi/AfDler/ Rassist als bereichernder Diskutant (ohne zu leugnen, dass es auch die gab). Und irgendwie gab es zwischen im Mittelmeer jämmerlich Ersaufenden und einer uns mental und real herausfordernden, erst jetzt so richtig als illegal bezeichneten Zuwanderung keinen Raum für einen gesunden, mittigen, deutschen, europäischen und internationalen Diskurs.

Ergebnis? Eine gesplattete Gesellschaft, massiver Vertrauensverlust in Politik, eine unvorteilhafte Kriminalitätsstatistik 2024 und zwei immer noch ungelöste Fragen, die eigentlich die beiden Seiten derselben Medaille sind. 1. Wie bekämpfen wir Fluchtursachen, lassen auch sozial motivierte Migration unnötig werden? Das interessiert traditionell wenige. Stattdessen vorwiegend die Frage Nummer 2: Wie verhindern wir illegale Zuwanderung nach Deutschland? Antwort: Grenzpolizei!

Weil wir es in Deutschland, Europa und der Welt nicht schaffen, die erste Frage zu klären, verschiebt man das Projekt Grenzpolizei zwar wegen Haushaltsnöten nach 2027/2028, aber es bleibt der Entzug polizeilicher Kraft für die originären Aufgaben. Wie wäre es denn, wenn Politiker endlich mal eine Politik machen, die über die eigenen Pfründe hinausgeht und Probleme angeht, bevor sie mit polizeilichen Mitteln scheinbar gelöst werden sollen und dafür andere Polizeiaufgaben liegen bleiben müssen? **Peer Oehler**



Foto: GdP-SN



Fotos: GdP-SN



GEDENKEN 13. FEBRUAR

Wieder war die Polizei gefragt und wir gaben alles, um sie bei guter Laune zu halten

Elke Hatz

BG Dresden, Vorsitzende



Auch dieses Jahr haben wir für unsere Beamtinnen und Beamten, für die Beschäftigten der Polizei ein gut gefülltes Auto und einen stationären Sammel-punkt gehabt.

Am Donnerstag, dem 13. Februar, haben wir den ersten Versuch gestartet, auch ei-

nen festen Betreuungspunkt einzurichten. Die mobile Einsatzbetreuung war auch mit von der Partie. Ich muss sagen, alles richtig gemacht. Beide Versorgungen wurden sehr gut angenommen und es gab nur positives Feedback. Natürlich lassen wir uns immer was Neues einfallen. So haben wir dieses

Mal einen Getränkebeutel und ein Minita-schenmesser angeboten und kleine Hand-schellen fürs Anhängen von Kleinigkeiten.

Als die Kollegen zurückkamen, so gegen 18:30 Uhr, war das Fahrzeug leer und ich persönlich war erstaunt, wie gut alles an-genommen wurde. Also hieß es, noch mal einkaufen gehen und von allem etwas mehr, da ja auch mehr Einsatzkräfte für den 15. Fe-bruar 2025 geplant waren.

Am Samstag, dem 15. Februar, haben wir dann unser Zelt aufgebaut mit den Ti-schen dazu und los ging es. Das Fahrzeug war auch wieder unterwegs.

Viele Gespräche konnten geführt werden und dabei wurden neue Ideen entwickelt, was man noch so anbieten kann.

Ich glaube, die beiden Tage waren für uns (die Helfer und meine Person) zwei tolle Tage. Ich möchte mich auf diesen Weg bei Ref. 2 der PD Dresden bedanken, dass sie mir so eine gute Zuarbeit geliefert haben, und unserem PD-Leiter Lutz Rodig Danke sagen, dass wir einen stationären Betreuungspunkt einrich-ten durften. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir es dürfen, aber für mich ist es auch eine Art Wertschätzung für das Ehrenamt.

Nun noch ein großes DANKESCHÖN an die vielen eingesetzten Beamtinnen und Beamten für die geleistete Arbeit und eu-ren Einsatz.

Ich kann für die Bezirksgruppe Dresden sagen: Wir sind gerne für euch da, unser Herz ist GdP-grün. ■

DP – Deutsche Polizei
Sachsen

Geschäftsstelle
Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-13
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
service@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Mike Pfützner (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68713
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



Gedanken einer Vertrauensperson zur Einsatzbetreuung

Danilo Grund

Vertrauensperson GdP im PRev Pirna



Foto: GdP SN (2)

Als ich selbst vor vielen Jahren noch als Einsatzbeamter von GdP-Teams bei Großeinsätzen mit einem kleinen Snack und guter Laune versorgt wurde, fand ich dies eine tolle Geste und Wertschätzung meiner Arbeit.

Nun durfte ich am 11. Januar 2025 in Riesa (Absicherung Bundesparteitag der AfD) und am 13. Februar 2025 (Gedenken Bombardierung der Stadt Dresden 1945) selbst ein Engel sein. Das Feedback der Kollegen war wirklich sehr gut und ich verspürte jede Minute Dank und Anerkennung. Genau das wollte ich aber eigentlich nur verteilen, denn schließlich erfuhr ich dies ja schon damals von genau solchen Teams. Der Einsatz war quasi ein Geben und Nehmen auf Augenhöhe.

Wir verteilten warme Würstchen, Kaffee, Tee, Energydrinks und vieles mehr. Ich kann daher nur jedem von ganzem Herzen empfehlen, an solchen Aktionen teilzunehmen

und diese Erfahrungen zu erleben. Auch Passanten sprachen uns an und fanden es toll, dass wir uns „um unsere Leute“ kümmern.

Gewerkschaftsarbeit findet in der Freizeit statt und daher „opfert“ man für die Kollegen genau diese, aber mit erhobenem Haupt und voller Stolz. Denn wir sind eine große Familie und können uns auf JEDEN im Ernstfall verlassen.

Jedoch stand ich (bei bisher zwei Einsätzen) mit immer den gleichen Ehrenamtlichen da und werde voraussichtlich (Meinung der anderen Helfer) nicht mit viel neuen/weiteren Kollegen rechnen können. Weitere Teams wären sicherlich wünschenswert und gern gesehen. Der Einsatz geht ja meist nicht nur acht Stunden und alle Kollegen auch in der Vor- und Nachaufsicht sind bisher nicht erreichbar.

Das wiederum macht mich nachdenklich, traurig und veranlasste mich dazu, diese Zeilen zu schreiben. Dass in

meinem Umfeld Kollegen dies schon herabsetzend bewerten und mir ungefragt mitteilen, dass sie niemals in ihrer Freizeit solche Aktionen durchführen würden, kann jeder für sich selbst einordnen. Man sollte sich immer an den positiven Meinungen orientieren und die wenigen schlechten ausblenden.

Daher mein Aufruf an euch alle da draußen: Seid bei der nächsten Einsatzbetreuung dabei, engagiert euch aktiv, arbeitet mit und tragt den Gedanken gemeinsam.

DAS ist Teamgeist, Kollegialität und somit ein wichtiger Baustein der Gewerkschaftsarbeit!!!! ■



Redaktionsschluss

Bitte beachten: Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen war für die Ausgabe Mai 2025 der 17. März 2025, ist für Juni 2025 der 21. April 2025 und für Juli 2025 der 12. Mai 2025.

Hinweise: Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung, den Zeitpunkt der Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel/Leserbriefe stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. **Die Redaktion**

Frauentag in Sachsen – wir waren dabei

Carmen Kliem

Frauenbeauftragte und GLV-Mitglied der GdP SN

Die Frauen der Landesfrauengruppe Sachsen beteiligten sich an vielen Veranstaltungen anlässlich des Internationalen Frauentags. Die zentrale Frauentagsveranstaltung des DGB Sachsen fand im Gewerkschaftshaus in Dresden statt.

Einige Vertreterinnen der Frauengruppe der GdP Sachsen nahmen daran teil. Im Fokus stand die Kampagne: „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch.“

Frauen sind nicht nur im häuslichen Umfeld, sondern auch am Arbeitsplatz oder im Ehrenamt Opfer von Gewalt und sexueller Belästigung. Für die GdP berichtete Susann Neuber über Erfahrungen aus der Polizeipraxis. Im öffentlichen Dienst verzeichnen wir eine zunehmende Gewalt gegen die Polizeibesetzten. Deshalb fordern wir eine konsequente Verfolgung und machen uns stark für eine gewaltfreie Arbeitswelt sowie Gleichstellung.



Die Staatsministerin für Soziales, Gesundheit und gesellschaftliche Zusammenarbeit, Frau Petra Köpping, lud anlässlich des Internationalen Frauentags zu einer Feststunde in den Plenarsaal des Sächsischen Landtages ein. Das Motto lautete: „Lieber gleichberechtigt als später.“

Dieser Einladung folgten die Vorsitzende der Landesfrauengruppe, Carmen Kliem, und ihre Mitstreiterin Susann Neuber. Im Mittel-

punkt der interessanten Diskussion standen die Gleichstellung, die Gleichstellungsarbeit als Querschnittsaufgabe sowie die strukturellen und strategischen Bedingungen für eine erfolgreiche Geschlechtergleichstellung. Im Anschluss gab es noch viele gute Gespräche. Am Ende waren sich alle einig, dass die Gleichstellung im Freistaat Sachsen ein gemeinsames Handeln erfordert und es noch viel zu tun gibt.



Frauen, die an ihrem Ehrentag im Dienst waren, wurden von ihren männlichen Kollegen mit Blumen oder anderen kleinen Aufmerksamkeiten bedacht. Stellvertretend für die fleißigen Vertrauensmänner seien hier Steve Seifert-Schlegel und Udo Krahl genannt. Danke, dass ihr an uns Frauen gedacht habt.



Fotos: GdP SN (5)

Last, but not least veranstaltete die Landesfrauengruppe am 14. März in Bautzen eine Frauentagsveranstaltung für aktive GdP-Frauen.

Zuerst nahm uns das Waschweib Hilde von der Spree mit auf einen mittelalterlichen Rundgang durch das schöne Bautzen. Wir erfuhren viel Wissenswertes über das damalige Leben der Frauen und ihre harte Arbeit. Danach wurden bei einem gemeinsamen Essen intensive Gespräche geführt, Erfahrungen ausgetauscht, das Netzwerk erweitert sowie die nächsten Aktivitäten geplant. ■





WÜRDIGUNG UND WERTSCHÄTZUNG AM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Eine Geste der Stärke und Solidarität auch im Einsatzgeschehen für unsere Kolleginnen

Mike Pfützer

KG BePo Leipzig

Am 8. März 2025, einem Tag voller Symbolik und Bedeutung, machten sich zwei Frauen auf eine besondere Mission: Kathrin und Eva, Frauenbeauftragte der KG BePo Leipzig, traten an, um ihre Kolleginnen im Einsatz zu unterstützen und ihnen anlässlich des Internationalen Frauentages eine kleine Freude zu bereiten.

In Leipzig, einer Stadt, die häufig Mittelpunkt gesellschaftlicher und politischer Demonstrationen ist, fanden auch an diesem Tag mehrere Kundgebungen und Protestaktionen statt. Für viele Polizistinnen und Polizisten bedeutete dies einen einsatzreichen Tag – mit all den physischen und psychischen Herausforderungen, die ein solcher Dienst mit sich bringt. Doch gerade an diesem Tag waren es Kathrin und Eva ein Anliegen, ein Zeichen der Wertschätzung zu setzen und den Einsatzkräften – insbesondere den Frauen – eine Anerkennung zu überbringen.

Mit Seidenblumen und herzlicher Aufmerksamkeit ausgestattet, suchten die beiden Frauen gezielt das Gespräch mit den Kolleginnen, die an diesem Tag Dienst taten. Diese Geste mag auf den ersten Blick klein erscheinen, doch sie hatte eine große Wirkung: Zwischen den Einsätzen entstanden Momente des Austausches und der Verbundenheit. Es wurden gute Gespräche

geführt, die nicht nur den Stress des Tages minderten, sondern auch den Zusammenhalt innerhalb der Teams stärkten.

Die Übergabe der Seidenblumen war nicht nur ein symbolischer Akt, sondern auch Ausdruck einer Botschaft: Anerkennung, Respekt und Dankbarkeit für die oft

ein kleiner Moment der Freude, der den Alltag durchbrach.

Wie in den Vorjahren wurde die Aktion von den Kolleginnen und Kollegen gleichermaßen positiv aufgenommen. Für die Frauen bedeutete es, an ihrem Ehrentag gesehen und geschätzt zu werden – auch inmitten

eines anspruchsvollen Arbeitstages. Doch die Geste reichte über das Individuelle hinaus: Sie spiegelte den Geist des Frauentages wider, an dem es um Gleichberechtigung, Anerkennung und den gemeinsamen Weg in eine gerechtere Gesellschaft geht.

Der Internationale Frauentag ist weit mehr als nur ein symbolischer Feiertag. Er erinnert daran, wie wichtig es ist, Frauen in allen Bereichen des Lebens – sei es beruflich oder privat – zu unterstützen, zu fördern und ihnen Respekt zu zollen. Die Aktion von Kathrin und Eva zeigt, dass dies nicht immer große Gesten erfordert, sondern dass auch kleine Momente der Wertschätzung eine immense Wirkung entfalten können.

Ihre Initiative könnte als Inspiration für viele andere dienen: Denn oft reicht ein kleiner Funke der Aufmerksamkeit, um ein Licht der Gemein-

schaft und des Miteinanders zu entzünden – und genau das macht den Internationalen Frauentag aus. ■



Fotos: GbPSN (2)



... und bald
auch als
App

Unser PSW
SHOP
ist online



www.shop.polizeisozialwerk.de





INFO-DREI

Probleme, Geräte, Verbotszonen

Cannabis und Polizei in ...

... Sachsen-Anhalt

Die Polizei in Sachsen-Anhalt passt ihre Vorgehensweise an die neue Gesetzeslage zur Cannabis-Teillegalisierung an. Das bedeutet unter anderem, dass verstärkt Autofahrerinnen und Autofahrer auf den Einfluss von Cannabis zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Vermeidung von Unfällen kontrolliert werden.

Bei den Verkehrskontrollen wird besonders auf die Fahrtüchtigkeit der Verkehrsteilnehmer geachtet, da das Fahren unter Cannabis-Einfluss weiterhin verboten ist. Der zulässige Maximalwert liegt bei 3,5 Nanogramm THC pro ml Blutserum; Verkehrsteilnehmer unter 21 Jahren und Fahranfänger dürfen keinerlei THC im Blut haben. Verstöße gegen das Cannabisgesetz werden von der Polizei und den Ordnungsbehörden an das Landesverwaltungsamt gemeldet, das vorübergehend für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständig ist.

Die standardmäßige Überprüfung der Fahrtauglichkeit sowie das Erkennen und Melden von Zweifeln an der Eignung von Verkehrsteilnehmern am Straßenverkehr bleiben ein wichtiger Schwerpunkt der Verkehrspräventionsarbeit.

Dabei werden verschiedene Geräte (u. a. Speichelanalysensysteme von Dräger und Securetec, Oberflächentests zum Nachweis auf Lenkrädern und Techniken zur Feststellung von Drogeneinfluss im Straßenverkehr) genutzt. Blutproben gelten nach wie vor als zuverlässigste Methode zur endgültigen Bestätigung. Trotz technologischer Fortschritte bleibt die Blutprobe der Benchmark für den gerichtsfesten Nachweis von Drogenkonsum. Die Kombination aus Schnelltests und anschließender Laboruntersuchung einer Blutprobe ist eindeutig.

Der Cannabiskonsum in Fußgängerzonen ist zwischen 7 und 20 Uhr verboten. Es sind Schutzzonen von 100 Metern Abstand zum Eingangsbereich von Anbauvereinigungen, Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kinderspielflächen sowie in öffentlich zugänglichen Sportstätten einzuhalten. **Martin Götze**

... Thüringen

Mit der Novellierung des Cannabisgesetzes einhergehend sind auch nach fast einem Jahr des Inkrafttretens noch Fragen offengeblieben. Aktuell ergeben sich nach dem Willen des Gesetzgebers aufgrund der Freimenge für das Mitführen von bis zu 25 Gramm Cannabis in der Öffentlichkeit kaum oder kein polizeilicher Handlungsbedarf. Dies kann die Arbeit des Einsatz- und Streifendienstes erleichtern. Diese Mengen haben keine polizeiliche Sachbearbeitung zur Folge und die Beamten werden dadurch entlastet. Bei einer Feststellung von Cannabiskonsum liegt das Einschreiten der Beamten somit im pflichtgemäßen Ermessen. Sollte bei einer Kontrolle der Verdacht bestehen, dass die Freimenge über 25 Gramm liegt, so können die Beamten mittels ausgegebener Feinwaagen das mitgeführte Cannabis abwägen und bei einem Übermaß entsprechende Verfahren (25 bis 30 Gramm Bußgeldverfahren/über 30 Gramm Strafverfahren) einleiten.

Problematisch zeigt sich auch weiterhin die Umsetzung im Falle tatbestandsmäßiger Ordnungswidrigkeiten nach dem Cannabisgesetz. Sollte nämlich aufgrund der überschrittenen Freimenge von 25 Gramm ein Bußgeldverfahren eingeleitet werden, ist aktuell nicht geregelt, in wessen Zuständigkeit dieses Ordnungswidrigkeitenverfahren abschließend zu bearbeiten ist. Für die polizeiliche Arbeit und hiesige Ressourcen heißt dies, dass das sichergestellte Tatmittel zusammen mit dem eingeleiteten Bußgeldverfahren bis zum Inkrafttreten einer weiteren Regelung in der aufnehmenden Dienststelle zu belassen ist. Die per Gesetz definierten Verbotszonen existieren bundesweit und folglich auch in Thüringen. Diese Verbotszonen können über das dienstlich gelieferte Mobiltelefon mit der App „Verbotszonen“ abgerufen werden. Sollte dahingehend ein Bußgeldverfahren eingeleitet werden, ist es notwendig, sich davon zu überzeugen, ob der Betroffene sich in dieser Zone befindet. **Marko Dähne**

... Sachsen

Mit der Legalisierung von Cannabis für den Eigenbedarf entstanden Unsicherheiten bei den Polizeibeamten. Das Gesetz wurde veröffentlicht und mit diesem eine Handlungsanleitung herausgegeben, die sich die Beamten im Selbststudium erarbeiten mussten. Mittlerweile werden mehrere Lehrgänge zum Drogenerkennen angeboten und Multiplikatoren geschult. Zur Legalisierung wurden geeichte Feinwaagen angeschafft, deren Menge aber nicht für jeden Funkwagen ausreicht. Mit der Änderung des StVG wurde der THC-Gehalt im Blut auf 3,5 ng/l erhöht. Dieser kann durch die Beamten nur mit einer kostenintensiven und zeitaufwendigen Blutuntersuchung überprüft werden. Den Beamten stehen drei verschiedene Drugwipe-Tests der Firma Securetec zur Verfügung (Speichel-/Oberflächen-/Kombinationstest). Die Tests sind handlich und anwenderfreundlich, aber das Testverfahren ist nicht immer sicher, denn auch bei eindeutig positiven Testergebnissen verlief die Blutuntersuchung manchmal negativ. Dann besteht die Möglichkeit, den Test im Zuge der Qualitätssicherung beim Hersteller einzuschicken und untersuchen zu lassen. Des Weiteren sind vereinzelte mobile Geräte der Firma Dräger Drugtest 5000, sog. „Druganalyser“, im Einsatz. Dabei erfolgt die Überprüfung durch die Entnahme einer Speichelprobe. Durch ihre Größe sind die Geräte im Rahmen der Streifenfahrt eher ungeeignet. Alle zur Verfügung stehenden Geräte/Tests können keinen Wert detektieren oder ein positives Ergebnis nach Erreichen der gesetzlichen Grenze anzeigen. Obwohl eine extreme Zunahme der Fahrten unter Einwirkung von Cannabisprodukten nicht zu verzeichnen ist, hat sich die Arbeit durch die Legalisierung nicht vereinfacht.

Gerade in der Innenstadt von Dresden gibt es viele Verbotszonen. Es wurden nur wenige Verstöße festgestellt. Den Beamten steht kein geeignetes Material zur Verfügung, welches ein Erkennen der Verbotszonen ermöglicht. **Yvonne George**